

Beschluss des Landrats vom 25.01.2024

Nr. 398

30. Solaroffensive auf Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand 2023/585; Protokoll: gs

Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und beantragt die Abschreibung, sagt Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Manuel Ballmer (GLP) plädiert dafür, das Postulat stehen zu lassen, zumal die Antworten nicht gänzlich zufriedenstellend sind. Viele (wenn auch leider nicht alle) Mitglieder des Landrats dürften sich einig sein, dass man die einheimische Stromproduktion ausbauen muss. Der Bund bzw. das Astra haben dazu im 2022 innert kürzester Zeit ein Ausschreibungsverfahren lanciert. Gleichzeitig haben die Bundesbetriebe den gleichen Auftrag erhalten – etwa die SBB, welche aber nicht ganz so schnell waren. Auch die Kantone haben nachgezogen. Als Beispiel sei der Kanton Bern genannt, der ein vergleichbares Vorhaben lanciert hat; der Link findet sich im Vorstoss. Dieses Vorgehen erscheint bestechend. Es ist ein minimaler Aufwand für die Verwaltung. Man kann eine Potenzialstudie an ein Ingenieurbüro delegieren – und man benötigt eine Homepage, die man als Kanton ja sowieso hat, um die geeigneten Orte aufschalten zu können. Es ist ein offenes und transparentes Verfahren, es kennt einen marktwirtschaftlichen Ansatz. Es ist auch fair, weil eine Ausschreibung erfolgt. Das Verfahren skaliert in der Umsetzung: Die öffentliche Ausschreibung über den Markt ermöglicht eine breite Umsetzung – und eine Erhöhung des Umsetzungstempos. Dieses Tempo ist einiges höher, weil mehrere Player gleichzeitig arbeiten können. Eigentlich ist die Umsetzung bereits mit der Frist, die man in der Ausschreibung vorgibt, gesetzt.

Im Kanton Baselland, so haben Recherchen ergeben, sind ja schon viele Vorstösse in diesem Bereich eingereicht worden. Im August 2022 etwa wurden Zahlen präsentiert, wie der Kanton beim Ausbau unterwegs ist. Damals hiess es, dass ein Potenzial von 6,9 GWh pro Jahr auf den bestgeeignetsten Dächern besteht. Davon waren bis Ende 2022 1,4 GWh geplant oder installiert, also 21 %. Im Kommissionsbericht wurde nachgereicht, dass es 12 bis 15 Jahre dauert, bis man die bestgeeignetsten Dächer voll hat. Dies ist nicht ganz zu verstehen, nur schon aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Man staunt, ob der Kanton einen so hohen Fremdkapitalzins zahlen muss, der höher ist als der Return on invest der geplanten Anlagen auf diesen bestgeeignetsten Dächern – oder ob der Marktpreis, den man für den Strom zahlt, so viel tiefer ist als die Gesteungskosten der Anlagen, die man in den nächsten 12 Jahren erst geplant hat. Aus diesem Grund besteht der Eindruck, dass der Kanton nicht recht will. Man konnte dies heute schon einige Male hören.

Auch die gestellten Fragen scheinen nicht wirklich beantwortet. Beim Vorstoss ging es eigentlich um Infrastrukturbauten. Hat man hier keine Brücken, Stützmauern oder Lärmschutzwände? Wenn man durch den Kanton fährt, sieht immer wieder viele Flächen, die sich eignen würden. Zudem werden in der Antwort Player genannt, die nur Kopfschütteln auslösen – das betrifft nicht die ebenfalls genannte ADEV. Der Redner ist dort selber Genossenschafter, sodass prinzipiell ein Interesse bestünde, dass die Firma den Auftrag erhält; wobei es aus Vergabesicht zweifelhaft ist, einen solchen Player zu wählen, der alles in der Pipeline hat (Bau, Contracting). Die ADEV hat aber, wie eine Nachfrage ergeben hat, aktuell keine Zusammenarbeit mit dem Kanton. Die zweite Gesellschaft, die genannt wurde, hat sich bisher nicht als Pionierin in der Solarenergie ausgezeichnet – bis gestern die Medienmitteilung publiziert wurde; jetzt will diese Firma doch etwas im grösseren Stil machen. Man darf gespannt sein, wieviel davon im Ausland und wieviel in der Schweiz stattfindet. Darum soll beliebt gemacht werden, das Postulat nicht abzuschreiben. Der Regierungsrat soll das Anliegen wirklich prüfen.

Désirée Jaun (SP) sagt, es sei schade, dass der zuständige Regierungsrat nicht anwesend ist – vielleicht liest er das Protokoll der Debatte oder informiert sich sonstwie. Im Kanton und vor allem in den Gemeinden gibt es enorm viele Flächen auf Infrastrukturbauten mit Potenzial für die Produktion von Solarstrom. Damit das Potenzial möglichst gut genutzt werden kann, ist es sinnvoll, dass auch geprüft wird, ob Flächen, auf denen nicht Strom für den Eigenbedarf produziert wird, nach einem Ausschreibungsverfahren und einem festgelegten Parameter für Dritte zur Verfügung gestellt werden können. Nur wenn möglichst viel Potenzial genutzt wird, kommt man der Energiewende näher. Die Fragestellungen beschäftigen nicht nur den Kanton, sondern auch viele Gemeinden, die ihr Potenzial für PV-Anlagen optimal nutzen wollen. Die Antworten auf die Fragen des Postulats könnten hier weiter helfen. In der Stellungnahme des Regierungsrats wird aber nur anhand von Einzelprojekten aufgezeigt, wo hier und dort eine solche Anlage realisiert werden soll bzw. schon gebaut wurde. Das ist gut und recht und soll weiter umgesetzt werden. Es hilft bei einer Gesamtbetrachtung und angesichts der Herausforderung aber nicht wirklich weiter. Damit sich der Regierungsrat mit einem Ausschreibungsprozess bei Infrastrukturbauten analog zum Kanton Bern oder mit den brach liegenden Potenzialen beschäftigt, wird die SP-Fraktion das Postulat einstimmig überweisen und stehen lassen.

Andi Trüssel (SVP) macht es kurz: Die SVP-Fraktion ist für Überweisung und Abschreibung. Der Regierungsrat hat ordentlich berichtet, was im Kanton alles läuft. Das ist okay. Es fehlt aber immer ein Element: Man redet von Wind- und Sonnenenergie, verliert aber kein Wort darüber, wo die Sonnenenergie, die im Sommer anfällt und nicht gebraucht werden kann, gespeichert werden kann, um sie im Winter abrufen zu können. Das geht so nicht – da kann man noch 100 Jahre über die Energiewende reden; man wird es nicht schaffen, wenn man nicht weiss, wie die Speicherung funktionieren soll. Die Fraktion plädiert für Abschreibung.

Stephan Ackermann (Grüne) fasst sich noch kürzer als der Vorredner: Die Fraktion will das Postulat überweisen und mehrheitlich nicht abschreiben; weil man mit den Antworten nicht ganz zufrieden ist. Der Regierungsrat soll sozusagen eine zweite Chance erhalten. Es ist auch richtig, dass das Thema noch in der Kommission diskutiert werden kann.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) fasst sich ebenfalls kurz: Die Mitte-Fraktion erachtet die Antworten als schlüssig und sieht, dass auf den Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand etwas geht. Ausserdem wurden Fragen gestellt – es handelt sich also mehr um eine Interpellation (und weniger ein Postulat, das Forderungen stellt). Die Fraktion ist für Überweisung und Abschreibung.

Robert Vogt (FDP) sagt, die FDP-Fraktion sei für Überweisung und Abschreibung.

://: Mit 59:9 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 39:31 Stimmen abgeschrieben.
